

Vorlage Stadtparlament

Datum	16. November 2021
Beschluss Nr.	1076
Aktenplan	152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Patrik Angehrn, Clemens Müller, Karin Winter-Dubs: Revision Lohnzulagen – Wie weiter?; schriftlich

Patrik Angehrn, Clemens Müller, Karin Winter-Dubs sowie 41 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 21. September 2021 die beiliegende Interpellation «Revision Lohnzulagen – Wie weiter?» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Das geltende Personalreglement (PR; SRS 191.1) wurde letztmals 2011 umfassend überarbeitet, am 21. Februar 2012 vom Stadtparlament beschlossen und per 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt. Der Stadtrat hat gestützt darauf per 1. Mai 2013 das revidierte Reglement zum Vollzug des Personalreglements (nachfolgend: VZP; SRS 191.11) sowie das Reglement für Arbeitsverhältnisse mit besonderer Arbeitszeit (nachfolgend: RBA; SRS 191.124) erlassen.

Anlässlich des Projektes Fit13+ wurden Anpassungen bei einzelnen Lohnzulagen, namentlich bei der Treueprämie, der Wohnsitz- und der Familienzulage, geprüft, jedoch nach der Vernehmlassung sistiert. Dies mit dem Hinweis, dass die Lohnzulagen nach den Anpassungen des Lohnsystems umfassend zu prüfen seien. Ziele sind die generelle Überprüfung einzelner Lohnzulagen sowie eine Reduktion der Zulagenvielfalt. Zusätzlich soll geklärt werden, ob und wie gewisse Lohnzulagen künftig in der Pensionskasse versichert werden können.

Es trifft zu, dass die Parlamentsvorlage früher geplant war. Leider wurden die Komplexität der Vorlage mit allen Spezialitäten aller Zulagen und das Verfahren mit Vernehmlassung bei allen betroffenen Dienststellen und Personalverbänden unterschätzt. Es gab verschiedene zusätzliche Rücksprachen mit den Dienststellen zu deren Vernehmlassungsberichten, um den Bedarf allfälliger Anpassungen abzuklären. Gleichzeitig sind die Personaldienste mit dem neuen ERP Enterprise-Resource-Planning belastet, das aufgrund der Analyse, Definition und des Testens der neuen Prozesse ebenfalls mehr Ressourcen benötigt als geplant.

2 Beantwortung der Fragen

- 1. Wird die Revision über die verschiedenen Zulagen (insb. Wohnsitzzulage) noch vor der Budgetsitzung an das Parlament geleitet werden können?*

Die Revision wird im ersten Quartal 2022 dem Parlament vorgelegt werden können.

- 2. Wird die Revision so ausgestaltet sein, dass sie budgetrelevant ist? Wenn ja, in welchen Bereichen und in welchem Ausmass?*

Die Revision soll voraussichtlich per 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt werden. Somit hat sie keinen Einfluss auf das Budget 2022.

Die vom Stadtrat beabsichtigten Anpassungen sind vor dem Hintergrund zu betrachten, dass es für die Arbeitgeberin Stadtverwaltung äusserst wichtig ist, für gut qualifizierte Berufsleute attraktiv zu sein. Im zunehmend härter werdenden Wettbewerb um gute Fachkräfte ist die Stadt auf entsprechende Rahmen- bzw. Anstellungsbedingungen angewiesen. Gleichzeitig möchte der Stadtrat mit dieser Revision die grosse Vielfalt der Zulagen, die über Jahrzehnte entstanden sind, verkleinern und administrativ einfacher abwickeln.

Welche Anpassungen der Stadtrat im Einzelnen beantragen wird, ist Gegenstand der bald zu unterbreitenden Sachvorlage und kann dann diskutiert werden.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:
▪ Interpellation vom 21. September 2021